

WAHLSYSTEM

37 Hinweise für demokratischeres Wählen

Mit einem Blick von außen versuchen internationale Wahlbeobachter Impulse für ein besseres Wahlsystem in Österreich zu geben.

Von Carmen

Baumgartner-Pötz

Wien Nach der Wahl ist vor der Wahl. 2016 wurde das innenpolitische Österreich von der Bundespräsidentenwahl – und der zugehörigen Pannenserie – in Atem gehalten. Nicht nur deshalb wurde für 2017 von den Regierungsparteien eine große Wahlrechtsreform angekündigt. Die Klubobleute Andreas Schieder (SPÖ) und Reinhold Lopatka (ÖVP) sind mit ihren Vorschlägen auch bereits an die Öffentlichkeit gegangen: Sie wollen einen Vorwahntag, aber die Briefwahl beibehalten – und schon am Sonntag auszählen. Nicht mehr im rot-schwarzen Wahlrechtspaket enthalten sind die Themenkomplexe Frauenquote, Mehrheitswahlrecht und E-Voting – weil Mehrheiten nicht in Sicht sind.



Einfach nur die Stimme abgeben – © APA
dass das nicht so einfach ist, hat das Jahr 2016 gezeigt.

Da ginge durchaus noch mehr, ist Armin Rabitsch von der Initiative wahlbeobachtung.org überzeugt. Er und seine Kollegen haben in den Tagen vor der Bundespräsidenten-Stichwahlwiederholung wie bereits im Herbst Vertreter der Bundeswahlbehörde sowie der politischen Parteiakademien, des Rechnungshofs, des Bundeskanzleramtes und zivilgesellschaftlicher Organisationen getroffen. Aus den Erkenntnissen der letzten Wahl und den verschiedenen Expertengesprächen ist jetzt ein neuer Vorschlagskatalog mit 37 Empfehlungen für die politischen Entscheidungsträger entstanden. Die international erfahrenen Wahlbeobachter empfehlen unter anderem eine Vereinfachung der bestehenden Gesetzgebung: „In Österreich gibt es sehr viele Gesetze, wer kennt sich da noch aus? Man hat den Eindruck, sie sind am Bürger vorbeigeschrieben“, kritisiert Rabitsch. Er wünscht sich eine stärkere Miteinbeziehung der Zivilbevölkerung und eine entsprechende Öffnung des Verfassungsausschusses. Eine „Wahlreformgruppe im Parlament“, wie sie im vergangenen Jahr angekündigt wurde, gebe es in dieser Form nicht, so der Tiroler, der schon mehrere Wahlmissionen in OSZE-Ländern geleitet hat. Sein Team hat sich auch das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofs zur Aufhebung der ersten Bundespräsidentenwahl im vergangenen Mai genau angeschaut. Auch dieses spricht dafür, einige Änderungen umzusetzen: Im Zusammenhang mit dem zentralen Wählerregister etwa (das im Nationalrat bereits beschlossen wurde) sollte es den Wählerinnen und Wählern leicht

möglich sein, das Einlangen ihrer Briefwahlkarten zu überprüfen. „Derzeit gibt es eine hohe Dunkelziffer an Wahlkarten, die irgendwie auf dem Postweg verschollen oder erst nach der vorgesehenen Frist eingelangt sind“, erklärt Rabitsch. Kritisch sieht der Experte das derzeit hohe Risiko, dass es bedingt durch die VfGH-Judikatur derzeit ein hohes Gefahrenpotenzial für weitere Wahlaufhebungen gibt. „Fehler sind menschlich, man sollte aber böses, mutwilliges, manipulatives Fehlverhalten möglichst ausschließen – auch das müsste das Parlament ausformulieren“, meint Rabitsch.

Unter den Empfehlungen finden sich auch dezidiert Maßnahmen zur besseren Förderung von Frauen im politischen Wettbewerb. „Man könnte das an positive Anreize in der Parteienförderung koppeln – etwa, wer 30 Prozent Frauenanteil in der Parlamentsfraktion schafft, bekommt 80 Prozent der Förderung“, nennt Rabitsch ein Beispiel.

Hintergrund

wahlbeobachtung.org ist eine unparteiische Arbeitsgemeinschaft österreichischer Wahlbeobachter und Wahlbeobachterinnen mit internationaler Erfahrung.

Die Initiative hat sich zum Ziel gesetzt, den österreichischen Wahlprozess zu beobachten und zu bewerten. Dahinter steckt die Absicht, durch Empfehlungen Abweichungen von internationalen Verpflichtungen aufzuzeigen. Das Wahlsystem bzw. der Wahlprozess sollen dadurch verbessert werden.

Die Zivilgesellschaft und vor allem junge Wähler in die Wahlabwicklung (etwa als Beisitzer) einzubinden, ist eine wichtige Forderung von wahlbeobachtung.org.

Auf ihrer Homepage gibt es den kompletten aktuellen Vorschlagskatalog mit 37 Empfehlungen, der diese Woche auch den Parlamentsklubs vorgelegt wurde.

In den nächsten Tagen wird auch der Bericht der OSZE-Wahlbeobachtungsmission in Österreich mit Empfehlungen zur Bundespräsidentenwahl veröffentlicht. Der Wahltag am 4. Dezember war nach der Pannenserie im Vorfeld von besonderem Interesse.